

**XVI. Stipendiatenkolloquium
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
28.-30. Januar 2016,
Ringberghotel Suhl,**

Bericht von
Marcus Böick (Bochum)

Das XVI. Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fand auch in diesem Jahr im bewährten Kontext der Suhler Geschichtsmesse statt, die sich dem Rahmenthema *„Das doppelte Deutschland: Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte(n)“* widmete. Zu eben dieser Leitperspektive bestritten Dorothee Wierling (Hamburg), Frank Bösch (Potsdam) und Hermann Wentker (München) eine auch das Kolloquium eröffnende Podiumsdiskussion, die die jeweiligen Chancen und möglichen Grenzen einer solchen Verflechtungsperspektive zwischen den beiden deutschen Staaten unter den Bedingungen des Systemwettstreits kontrovers an historiographischen Fallbeispielen erörterte. Offenkundig ist die Frage nach dem „Ort“ der DDR in der deutschen bzw. europäischen Geschichte bzw. nach ihren Relationen zur nationalsozialistischen Diktatur, zur Bonner Bundesrepublik sowie zum vereinten Deutschland von ungebrochener, ja sogar gesteigerter Aktualität. Schon allein deshalb sind die im Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung präsentierten Projekte des akademischen „Nachwuchses“ von einigem Interesse für die weitere Zukunft der DDR-Forschung.

Das eigentliche Programm des von Ulrich Mählert (Berlin) geleiteten Kolloquiums eröffnete Jessica Bock (Leipzig) am 28. Januar 2016, die ihr fortgeschrittenes Dissertationsvorhaben *„Die ostdeutsche Frauenbewegung von 1980 bis 2000 am Beispiel der Stadt Leipzig“* vorstellte. Ausführlich betonte Bock dabei die konzeptionelle Notwendigkeit, das von ihr lokalhistorisch untersuchte Phänomen auf einen angemessenen, theoretisch differenzierten Begriff zu bringen, um auf diese Weise die ostdeutsche „Frauenbewegung“ und deren konkrete Akteurinnen „als sozial Handelnde sichtbar“ machen zu können. Das institutionen- bzw. bewegungsgeschichtlich ausgerichtete Vorhaben basiert empirisch auf staatlichen Überwachungs- bzw. internen Unterlagen und Publikationen sowie Erinnerungsinterviews. Es zielt dabei insbesondere auf die spezifischen Entstehungskontexte, die staatlichen Repressionen in den 1980er-, die Wandlungsdynamiken in den 1990er- sowie die praktischen wie theoretischen Wechselbeziehungen zur akademischen Frauenbewegungsforschung ab. Die Arbeit

gliedert sich in drei Teile, die jeweils die „informellen“ Mobilisierungen der 1980er-Jahre, deren politische Dynamisierung in den Umbrüchen von 1989/90 sowie die schwierigen, transformativen Neuorientierungen in den 1990er-Jahren anhand verschiedener feministischer Gruppierungen in Leipzig beschreiben. In der anschließenden Diskussion wurde letztlich insbesondere die Frage intensiv erörtert, ob eine überprüfende Ausrichtung des Projekts an einem theoretischen, sozialwissenschaftlich definierten Leitbegriff und dessen Merkmalen sinnvoll ist oder ob nicht vielmehr anhand eines perspektivischen Vergleichs mit anderen (lokalen) Bewegungsphänomenen in Ost und West die Spezifika des Leipziger Einzelfalls konzipierter herauszuarbeiten wären.

Im Anschluss präsentierte Marco Brödel (Leipzig) sein soeben begonnene Dissertationsprojekt *„Antifaschistische Widerstandskämpfer‘ im Ministerium für Staatssicherheit. ‚Im Kampf bewährte Genossen‘ oder Sicherheitsrisiko?“*. Im Rahmen dieser kollektiv- bzw. gruppenbiografischen Studie geht es Brödel darum, die Beziehung des das SED-Regime von Beginn an ideell stark prägenden antifaschistischen Selbstverständnisses und die Rekrutierungs- und Personalpolitik des Ministeriums für Staatssicherheit zu untersuchen. Dies soll anhand einer klar umrissenen Gruppe von ca. eintausend Personen geschehen, die das MfS selbst Mitte der 1980er-Jahre zur innerministeriellen „Traditionspflege“ in einer zentralen Datei erfasst hatte. Das Vorhaben zielt folglich darauf ab, die jeweiligen Karriereverläufe dieser „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ im Längsschnitt bis in die 1970er-Jahre hinein systematisch zu analysieren. Ideelle Konzeptionen von „Antifaschismus“ und „Widerstand“, die Kaderpolitik des MfS sowie die Karrierepfade in dieser Personengruppe sollen demnach die drei Hauptachsen der Arbeit bilden, die sodann anhand konkreter Einzelfall- bzw. Personenstudien auch qualitativ untersucht werden sollen. Diese zentrale kategorische und zugleich moralisch hochgradig aufgeladene Setzung eines „antifaschistischen Widerstandskämpfers“ war schließlich zentraler Reibungspunkt der hieran anschließenden Diskussionen. Zudem wurde auf die empirischen wie analytischen Schwierigkeiten einer solchen Längsschnittanalyse der MfS-Rekrutierungs- bzw. Kaderpolitik hingewiesen, wobei das Vorhaben letztlich stärker als vergleichende Typologie des MfS-Personals als Ganzem ausgestaltet werden könnte.

Victor Manuel Lafuente (Köln) widmet sich seinem neuen Dissertationsvorhaben *„Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien. Interaktion internationaler Akteure 1945-1990“*. Aus einer politik- und wirtschaftshistorischen Grundperspektive heraus untersucht das auf staatlichen Archivalien beruhende Projekt dabei die verschiedenen Dimensionen des bisher noch kaum beleuchteten Wechselverhältnisses der beiden Länder (und dabei immer auch der Bundesrepublik). Dieses ist vor allem

nach dem UN-Beitritt der beiden deutschen Staaten sowie dem Putsch im bis dato vom SED-Regime in der Südatlantik-Region favorisierten Chile im Jahr 1973 von einer neuartigen Dynamik gekennzeichnet gewesen. Insbesondere für die 1980er-Jahre, in denen sich sowohl Argentinien wie auch die DDR mit erheblichen volkswirtschaftlichen Krisenlagen konfrontiert sahen, werden zunehmend intensivere Beziehungen auf verschiedenen ökonomischen, politischen wie kulturellen Feldern thematisiert. Diese übergeordneten Beziehungsmuster noch stärker mikrohistorisch auf konkrete Akteure, deren (Handels-)Praktiken und Wahrnehmungen im unmittelbaren Austausch vor Ort zu beziehen, um so die Spezifik der ostdeutsch-argentinischen Beziehungen herausarbeiten zu können, erschien als ein zentraler Vorschlag in der anschließenden Diskussionsrunde. Auch die dezidiert argentinische Gegenperspektive auf das SED-Regime (gerade im Vergleich bzw. im Kontrast zur Bundesrepublik) erschien als aussichtsreiche, stärker kulturhistorisch orientierte Erweiterung des bisherigen Projektdesigns.

Am Folgetag, dem 29. Januar 2016, eröffnete Johannes Mühle (Cottbus) den fortgesetzten Vortragsreigen mit der Präsentation seines fortgeschrittenen Projekts zu *„Mobilmachung und Militarisierung. Die Vorbereitung der DDR auf den Verteidigungszustand 1970 – 1990“*. In seinem Vorhaben thematisiert Mühle die umfassenden Kriegsplanungsmaßnahmen des SED-Regimes seit den späten 1970er-Jahren. Diese Pläne begreift er nicht nur als Maßnahmenbündel zur Mobilmachung der DDR-Streitkräfte im militärischen Verteidigungsfall, sondern auch als übergeordneten Katalysator einer generellen Militarisierung der ostdeutschen Gesellschaft in den 1980er-Jahren. Dabei soll vor allem, auf der empirischen Grundlage der in staatlich-militärischen Dokumenten greifbaren Szenarien und vorbereiteten Erlasse und Regelungen, die Breite und Totalität der ostdeutschen Kriegsplanungen im staatlichen Ausnahmeregime der „Bevollmächtigten“ nachgezeichnet werden. Die akribische Planung und Vorbereitung eines umfassenden „Verteidigungszustands“ erstreckte sich dabei neben genuin militärischen Operationen bzw. staatlichen Handlungsfeldern auch auf zahlreiche weitere gesellschaftliche Bereiche der DDR wie insbesondere die Gesundheitsversorgung, die Planwirtschaft, das Bildungs- und Verkehrswesen. In der anschließenden Debatte stand besonders der deskriptive Charakter des bisherigen Projektzuschnitts im Mittelpunkt, wobei hier der Blick auf andere Akteure bzw. Länder (vor allem die UdSSR bzw. auch die Bundesrepublik), die ins Fiktionale bzw. Udenkbare neigende Dimensionen der akribischen Kriegsalltagsplanungen vor dem Hintergrund eines höchstwahrscheinlich multinuklear geführten „Dritten Weltkriegs“ sowie denkbare Konflikte innerhalb des SED-Regimes als mögliche Varianten erörtert wurden, um das vorgestellte Vorhaben insgesamt noch stärker thesen- bzw. problemorientiert ausgestalten zu können.

Lilith Buddensiek (Münster) widmete sich in ihrem Vortrag ihrem neuen Dissertationsthema unter dem Titel *„Mord und Totschlag‘ oder ‚wirkliche Erneuerung‘? Persönliche Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung“*. Dabei sollen einerseits der (geschichts-)politische Streit bzw. öffentliche Diskurs um das Ob und Wie einer institutionell organisierten Einsichtnahme in die Unterlagen der im Oktober 1990 eingerichteten Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) diskutiert sowie andererseits deren alltägliche Umsetzung in der institutionellen Praxis in den frühen 1990er-Jahren analysiert werden. Schließlich geht es Buddensiek in einem dritten und entscheidenden Schritt darum, die konkreten, individuellen Aneignungspraktiken der „Einsichtnehmer“ und die hiermit verknüpften subjektiven Erfahrungen und Reflexionen systematisch auf der Grundlage interner BStU-Unterlagen und sozialwissenschaftlich-psychologischer Begleituntersuchungen gezielt in den Blick zu nehmen. Diskutiert wurde im Anschluss, inwiefern das im Fall der „Gauck-Behörde“ praktizierte Modell konzeptionell als angewandte bzw. transformierte Form evangelisch-pastoraler Heil- und Sühnepraktiken zu beschreiben sei bzw. welche (positiven oder auch negativen) Folgewirkungen sich aus diesem spezifischen Arrangement einer subjektiven Auseinandersetzung mit der individuellen Vergangenheit (bzw. derjenigen der eigenen Eltern oder gar Großeltern) auf Grundlage hochgradig problematischer und oftmals ungemein intimer Geheimdienstunterlagen langfristig ergeben haben oder noch ergeben werden.

Das Thema *„Opfer-/Täterdynamiken in Transitional Justice Prozessen. Ehemalige Soldat*innen der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Subjekt der DDR-Aufarbeitung“* war Gegenstand der Präsentation von Philipp Schultheiß (Marburg). Im Rahmen dieses soeben begonnen, wissenssoziologisch ausgerichteten Dissertationsvorhabens soll die Diskrepanz von öffentlich verhandelten Fremd- und individuellen Selbstbildern ehemaliger NVA-Soldaten in den 1990er- und 2000er-Jahren sowie die hieran anschließenden subjektiven Reaktions- und Aushandlungsmuster in dieser Veteranengruppe auf der Grundlage von einschlägigen Medienberichten, webbasierten Diskussionsforen sowie themenbezogenen Gruppeninterviews analysiert werden. Ob externe, insbesondere mediale bzw. politisch-juristische Fremdzuschreibungen als „Täter“ sowie subjektive Selbstbeschreibungen als „Opfer“ wirklich die dichotomischen Grundachsen eines solchen diskursiven Feldes im Kontext einer breiteren „Aufarbeitung“ des SED-Regimes bilden, war sogleich ein zentraler Streitpunkt der an den Vortrag anschließenden Diskussionen. Insbesondere trennscharfe Abgrenzungen zwischen den DDR-Grenztruppen einerseits, die sich zeitgenössisch im juristischen Fokus der „Mauerschützen“-Prozesse der 1990er-Jahre wiederfanden, und dem Gros der

konventionellen, oft wehrdienstleistenden NVA-Soldaten bzw. dem status- und sendungsbewussten Offizierskorps der nach 1990 aufgelösten DDR-Armee andererseits erscheinen letztlich als zentrale Herausforderungen für den weiteren Projektverlauf.

Teresa Tammer (Berlin) präsentierte in der Folge ihr fortgeschrittenes Dissertationsvorhaben *„Warme Brüder zwischen kalten Kriegern. Schwule Bewegungen und Politiken im geteilten Deutschland 1970-1990“*. Tammers Projekt rückt dabei vor allem die Geschichte der Homosexuellen-Bewegung im Kontext asymmetrischer Verflechtungen zwischen Bundesrepublik und DDR in den Mittelpunkt und organisiert deren wechselvolle Beziehungsgeschichte in mehreren Zeitphasen: Einer frühen Phase des „Aufbruchs“ und der innerdeutschen Annäherungen in den 1970er-Jahren folgt eine Phase des merklichen Auseinanderdriftens in den 1980er-Jahren, wobei die ostdeutschen, sich meist als Sozialisten verstehenden Aktivisten sich unter dem Dach der evangelischen Kirchen an DDR-internen Problemlagen abarbeiteten und um staatliche Anerkennung rangen, während demgegenüber die westdeutsche Homosexuellenbewegung ihr Interesse am Osten weitgehend verlor und sich auf andere, drängende Themenkreise (v.a. im Kontext der AIDS-Epidemie) konzentrierte. Für die 1990er-Jahre rückt die Studie schließlich homosexuelle Selbsthistorisierungen und bewegungsinterne Traditionsbildungen sowie auch den weiteren „Aufbruch“ in eine gesamtdeutsche Schwulenpolitik zwischen Ost und West während und nach 1989/90 in den Fokus. In der anschließenden Diskussion wurden besonders mögliche Schwierigkeiten einer deutsch-deutschen Verflechtungsperspektive angesprochen, die etwa aus einer sehr disparaten Quellenlage resultieren könnten. Auch die spezifischen, innerhalb der DDR anzutreffenden Interaktionsmuster und Konstellationen zwischen schwulen Aktivisten, evangelischen Kirchen sowie dem SED-Regime und seinen tendenziell mit den Phänomen überforderten Überwachungs- und Repressionsorganen vor 1989/90 erschienen für die weitere Finalisierung der Studie von erheblichem Interesse.

„Von der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ zum ‚unternehmerischen Selbst‘? Eine Wissensgeschichte des Ratgebens vor und nach dem Mauerfall“ lautete der Titel des von Felix Paetzel (Halle/S.) vorgestellten, fortgeschrittenen Dissertationsprojekts. Paetzel untersucht in der Sphäre von Ökonomie und Arbeitswelt angesiedelte Ratgeberliteratur sowohl in der DDR der 1970er- und 1980er- wie auch in der vereinten Bundesrepublik der 1990er-Jahre, um so den sich wandelnden Bedeutungszuschreibungen der individuellen Arbeit bzw. des Arbeitens im Umbruch vom (realen) Sozialismus („sozialistische Persönlichkeit“) in die (soziale) Marktwirtschaft („unternehmerisches Selbst“) nachzuspüren. Aus den sich wandelnden Anforderungen an das Individuum in der Arbeitswelt der (Post-)Moderne

resultierte demnach ein intensiver Bedarf an allgemeiner Orientierung und individueller Selbstvergewisserung bzw. -optimierung, für das eben dieses spezifische Ratgebergenre sowohl als Forum wie auch als Medium fungierte. Dieser Literaturkorpus wird im Rahmen des Projekts auf seine inhaltlichen, strukturellen sowie zeitdiagnostischen Dimensionen im Wandel untersucht, wobei bevorzugt ein semantisch-diskursorientiertes Analyseinstrumentarium zum Einsatz gelangt, das sich begriffshistorisch auf zentrale Leitbegriffe und deren Wandel konzentriert. In der nachfolgenden Diskussion wurden mithin genauere Vergleiche mit der westlichen, oft an den USA orientierten Ratgeberliteratur sowie ein näherer Blick auf die konkreten Autoren bzw. Produzenten dieser Gattung empfohlen, um so auch möglichen intertextuellen Referenzen auf die Spur zu kommen. Auch wäre danach zu fragen, inwiefern und wie sich der übergeordnete Stellenwert des (ökonomischen) Ratgebens als psychosozialer Selbstverständigungspraxis im Übergang von sozialistischer DDR hin zur kapitalistischen Bundesrepublik in den krisenhaften Transformationen nach 1990 ganz grundsätzlich gewandelt hat.

Der Vortrag *„Kampf um die Köpfe – Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen und die hochschulpolitische Kultur des Kalten Krieges im geteilten Berlin 1948 – 1963“* von Tilman Wickert (Rostock) bildete schließlich den Abschluss der Präsentationen der Promotionsvorhaben. Wickerts fortgeschrittenes Vorhaben entwickelt dabei aus einer institutionenhistorischen Perspektive heraus und auf der Grundlage der durch diese Organisation bzw. ihre Nachfolger überlieferten Archivalien eine chronologische Entwicklungsgeschichte des Westberliner Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF). Dieses Gebilde geriet im immer stärker unter dem Eindruck der Blockkonfrontation stehenden Berlin der späten 1940er-Jahre zunehmend in den Fokus eines aktiven Systemwettstreits zwischen Ost und West: Nach seiner kurzfristigen, von Studierenden der Freien Universität „von unten“ betriebenen Gründung als Anlaufstelle für aus politischen Gründen in der SBZ bzw. DDR exmatrikulierten Studenten geriet das AGSF zunehmend in den schwer durchschaubaren Orbit der gesamtdeutschen, antikommunistischen sowie teils auch geheimdienstlichen Organisationen der jungen Bundesrepublik. Es entwickelte sich so bis Mitte der 1950er-Jahre zum festen Bestandteil eines neu formierten „Netzwerk(s) des Kalten Krieges“, verlor jedoch bis Anfang der 1960er-Jahre wieder an Bedeutung, bevor es mit dem Mauerbau im August 1961 durch eine administrative Fusion gänzlich von der Bildfläche verschwand. In der an die Präsentation anschließenden Diskussion wurde mehrfach die Notwendigkeit betont, die untersuchte Organisation noch stärker in die lokalen Kontexte und vielfältigen Verflechtungen des aufziehenden „Kalten Krieges“ und seiner sehr unterschiedlichen, nationalen wie internationalen Akteure im sich teilenden bzw. geteilten Berlin einzubetten, um so die spezifische Rolle des AGSF

jenseits einer eher deskriptive ausgerichteten Beschreibung seiner institutionellen Genese noch präziser bestimmen zu können.

Nach einer kurzen, internen Abschlussrunde markierte am Folgetag, dem 30. Januar 2016, ein Vortrag von Everhard Holtmann (Halle) zum Thema *„Sind wir ein Volk? Einstellungen und Stimmungslagen der Menschen in Deutschland vor und nach der deutschen Einheit“* den Auftakt der letzten Etappe, in dem Holtmann bemerkenswerte Kontinuitäten, aber auch eindruckliche Transformationen auf mentaler Ebene auf Grundlage umfassender demoskopischer Befragungen aufzeigen konnte. Schließlich bildete eine von Marcus Kiesel und Helge Eikermann moderierte Podiumsdiskussion zwischen Rainer Eppelmann, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Bundesstiftung Aufarbeitung, und Bodo Ramelow, dem Ministerpräsidenten von Thüringen, den Schlusspunkt der Suhler Geschichtsmesse im Jahr 2016. Auch in diesem Gespräch, das einen vor einem Jahr geknüpften Diskussionsfaden im Sinne einer ersten „Zwischenbilanz“ aufgriff, wurde deutlich, wie anspruchs- und voraussetzungsvoll die weitere geschichtswissenschaftliche wie auch erinnerungspolitische Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen mit Blick auf die jüngsten globalen Herausforderungen sein dürften, die aber auch und gerade in regionalen Kontexten zu diskutieren und zu bearbeiten sind: Der gesellschaftliche Umgang mit globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen, gewaltsam-kriegerischen Konflikten, autoritären Regimen und hierdurch ausgelösten Migrationsbewegungen erscheint dabei als drängendes Problembündel einer krisenhaften Gegenwart, die sich auch in beständiger Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ihres sich wandelnden Selbstverständnisses für die weitere Zukunft zu versichern hat.